Deutscher Bundestag **Drucksache 14/6272**
14. Wahlperiode 15. 06. 2001

Fragen

für die Fragestunde der 175. Sitzung des Deutschen Bundestages am Mittwoch, dem 20. Juni 2001

Verzeichnis der Fragenden

Abgeordnete	*Nummer der Frage*
Austermann, Dietrich (CDU/CSU)	26
Dr. Friedrich, Hans-Peter (Hof) (CDU/CSU)	22, 23
Dr. Grehn, Klaus (PDS)	2, 3
Hinsken, Ernst (CDU/CSU)	9
von Klaeden, Eckart (CDU/CSU)	15, 27
Kopp, Gudrun (F.D.P.)	4
Koppelin, Jürgen (F.D.P.)	16, 17
Koschyk, Hartmut (CDU/CSU)	20, 21
Lenke, Ina (F.D.P.)	7, 8
Nolting, Günther Friedrich (F.D.P.)	5, 6
Polenz, Ruprecht (CDU/CSU)	28, 29
Dr. Protzner, Bernd (CDU/CSU)	24, 25
Ronsöhr, Heinrich-Wilhelm (CDU/CSU)	11
Schmidt, Andreas (Mülheim) (CDU/CSU)	1
Schnieber-Jastram, Birgit (CDU/CSU)	18, 19
Dr. Schockenhoff, Andreas (CDU/CSU)	30, 31
Siemann, Werner (CDU/CSU)	10, 14
Weiß, Peter (Emmendingen) (CDU/CSU)	12, 13

Verzeichnis der Geschäftsbereiche der Bundesregierung

Seite

Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Justiz 3
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Wirtschaft und Technologie 3
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Verbraucherschutz, Ernährung und Landwirtschaft 3
Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Verteidigung 4
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend 4
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit 5
Geschäftsbereich des Bundesministeriums des Innern 5
Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Finanzen 6
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Arbeit und Sozialordnung 7
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Verkehr, Bau- und Wohnungswesen 8
Geschäftsbereich des Auswärtigen Amts 9

Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Justiz

1. Abgeordneter **Andreas Schmidt (Mülheim)** (CDU/CSU)

Kann die Bundesregierung Vermutungen bestätigen, dass SPD-Parteispenden der Bundesministerin der Justiz, Prof. Dr. Herta Däubler-Gmelin, über ca. 63 000 DM (für 1999) und 104 000 DM (für 1998 „nachgemeldet") aus ihrem Verdienst als Anwältin der Berliner Kanzlei Knauthe, Riebschläger herrühren, und steht dieser Verdienst im Zusammenhang mit einem Honorar dieser Kanzlei i. H. v. rd. 890 000 DM für ein Treuhändermandat für den sanierungsbedürftigen Aubis-Konzern und eine weitere Berliner Immobilienfirma (vgl. DIE WELT vom 8. Juni 2001)?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Wirtschaft und Technologie

2. Abgeordneter **Dr. Klaus Grehn** (PDS)

War der Bundesregierung bei der durch den Staatsminister beim Bundeskanzler, Rolf Schwanitz, vorgetragenen Position zur Situation in den neuen Bundesländern (vgl. Plenarprotokoll 14/170, S. 16590 B) die Einschätzung der Handwerkskammer Chemnitz zur Konjunkturentwicklung bekannt, und wie bewertet sie die Unterschiede zwischen beiden Einschätzungen?

3. Abgeordneter **Dr. Klaus Grehn** (PDS)

Ist der Bundesregierung bewusst, dass auch in anderen Regierungsbezirken der neuen Bundesländer die Konjunktureinschätzungen ähnlich wie in Chemnitz ausfallen, und welche Schlussfolgerungen zieht sie daraus?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Verbraucherschutz, Ernährung und Landwirtschaft

4. Abgeordnete **Gudrun Kopp** (F.D.P.)

Ist es zutreffend, dass in den Kantinen der Bundesministerien, insbesondere derjenigen des Bundesministeriums für Verbraucherschutz, Ernährung und Landwirtschaft, trotz der bereits im Januar 2001 an-

gekündigten und geforderten so genannten Agrarwende und des damit verbundenen Leitbilds des organischen Landbaus bislang keine Produkte dieser Anbauform angeboten werden?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Verteidigung

5. Abgeordneter **Günther Friedrich Nolting** (F.D.P.)

Wie viele freiwillig Wehrdienst leistende Wehrpflichtige mit einer Verpflichtungszeit unter 2 Jahren sind zurzeit in der Bundeswehr tätig, und wie viele davon verfügen über eine Ausbildung, die sie für einen mehrmonatigen Auslandseinsatz befähigen?

6. Abgeordneter **Günther Friedrich Nolting** (F.D.P.)

Aus wie vielen der zwischen Bundeswehr und Wirtschaft im Jahr 1999 geschlossenen Vereinbarungen sind konkrete Aufträge an die beteiligten Unternehmen erwachsen, und in welchen Branchen arbeiten diese Unternehmen?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend

7. Abgeordnete **Ina Lenke** (F.D.P.)

Welche Konsequenzen wird die Bundesregierung aus der Weigerung der Arbeitgeberverbände, selbstverpflichtende Regelungen zur Durchsetzung der Gleichberechtigung von Frauen und Männern einzuführen, ziehen, um die Gleichberechtigung von Frauen und Männern in der Wirtschaft doch noch durchzusetzen?

8. Abgeordnete **Ina Lenke** (F.D.P.)

Ist die Bundesregierung der Auffassung, dass die Ursachen für die Benachteiligung von Frauen im Arbeitsleben in erster Linie bei den Arbeitgebern und nicht etwa bei den gesellschaftlichen Rahmenbedingungen (Kinderbetreuung, Bildung, Steuerpolitik u. a.) zu suchen sind?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit

9. Abgeordneter **Ernst Hinsken** (CDU/CSU)

Treffen Informationen zu, dass in der Europäischen UVP-Richtlinie (UVP: Umweltverträglichkeitsprüfung), die auch nationales Recht wird, Biomasse im Hinblick auf Genehmigungen schlechter gestellt wird als fossile Brennstoffe, was bedeuten würde, dass künftig mehr Gutachten etc. notwendig werden, und wenn ja, was gedenkt die Bundesregierung dagegen zu tun?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums des Innern

10. Abgeordneter **Werner Siemann** (CDU/CSU)

Wie beurteilt die Bundesregierung die Tatsache, dass die Humanistische Union (HU) eine Gruppe von Personen mit dem Fritz-Bauer-Preis auszeichnete, die 1999 während der NATO-Luftschläge im Kosovo-Konflikt die Angehörigen der Bundeswehr in einer halbseitigen Anzeige in der Tageszeitung „taz“ dazu aufforderten, die Einsatzbefehle zu verweigern, sich von der Truppe zu entfernen und sich gegen diesen „Krieg“ aufzulehnen, vor dem Hintergrund, dass die Bundesministerin für Verbraucherschutz, Ernährung und Landwirtschaft, Renate Künast, und die Bundesministerin für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung, Heidemarie Wieczorek-Zeul, im Beirat der HU und die Bundesministerin der Justiz, Prof. Dr. Herta Däubler-Gmelin, einfaches Mitglied der HU sind und die Ministerin Heidemarie Wieczorek-Zeul sowie die Ministerin Prof. Dr. Herta Däubler-Gmelin sowohl der Entsendung deutscher Soldaten in das Kosovo am 16. Oktober 1998 (Plenarprotokoll 13/248) als auch der „Fortsetzung der deutschen Beteiligung an der internationalen Sicherheitspräsenz in das Kosovo“ am 1. Juli 2001 zugestimmt und alle drei genannten Ministerinnen die so genannte Mandatsverlängerung im Bundeskabinett am 9. Mai 2001 mitgetragen haben?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Finanzen

11. Abgeordneter
Heinrich-Wilhelm Ronsöhr
(CDU/CSU)

Warum hat die Bundesregierung in einer Stellungnahme vom 25. Juli 2000 meine Vorschläge bezüglich der Regelung und Bestandteile eines Übernahmegesetzes sowohl auf nationaler wie auch auf europäischer Ebene abgelehnt, obwohl sie diese Inhalte zu diesem Zeitpunkt noch ohne Probleme in der EU hätte durchsetzen können, heute aber genau meine damaligen Vorschläge zur Begründung ihrer Ablehnung der EU-Übernahmerichtlinie anführt?

12. Abgeordneter
Peter Weiß (Emmendingen)
(CDU/CSU)

Trifft es zu, dass das für die beiden Bundesabteilungen der Oberfinanzdirektion Karlsruhe zuständige Service-Center in Freiburg geschlossen und nach Saarbrücken verlegt werden soll?

13. Abgeordneter
Peter Weiß (Emmendingen)
(CDU/CSU)

Werden mit der Verlagerung des Service-Centers bereits Vorentscheidungen getroffen, dass die beiden für das gesamte Land Baden-Württemberg zuständigen Bundesabteilungen der Oberfinanzdirektion Karlsruhe (Bundesvermögensabteilung sowie Zoll- und Verbrauchssteuerabteilung) in den kommenden Jahren ebenfalls aufgehoben und verlegt werden?

14. Abgeordneter
Werner Siemann
(CDU/CSU)

Gibt es Bestrebungen, die Leistungen, die die Soldaten im Rahmen der freien Heilfürsorge erhalten, künftig als geldwerte Vorteile von den Soldaten versteuern zu lassen?

15. Abgeordneter
Eckart von Klaeden
(CDU/CSU)

Treffen Ankündigungen bzw. „Signale“ aus der Bundesregierung zu, dass die Bundesregierung „unter Umständen“ zu finanziellen Hilfen für Berlin bereit ist, vorausgesetzt, dass nach dem Ende der großen Koalition ein Bündnis der SPD mit anderen Fraktionen zustande kommt (vgl. BERLINER MORGENPOST vom 13. Juni 2001)?*)

---

*) siehe hierzu auch Frage 27

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Arbeit und Sozialordnung

16. Abgeordneter
Jürgen Koppelin
(F.D.P.)

Hat die Bundesregierung Kenntnis darüber, ob Veröffentlichungen zutreffen, dass in Hamburg ABM-Kräfte des „Vereins zur Betreuung von Arbeitslosen“ nicht nur für politische Aktionen missbraucht wurden, sondern auch ein Ferienheim des Deutschen Gewerkschaftsbundes renovieren mussten (DER SPIEGEL Nr. 24/11. Juni 2001)?

17. Abgeordneter
Jürgen Koppelin
(F.D.P.)

Hat die Bundesregierung Erkenntnisse darüber, ob Veröffentlichungen zutreffen, dass ABM-Kräfte des Hamburger „Vereins zur Betreuung von Arbeitslosen“ in der vereinseigenen Küche Verpflegung für Gewerkschaftsfunktionäre zubereiten mussten und im „Arbeitslosencafé“ des Vereins Gewerkschafter Feste gefeiert haben, so dass das „Arbeitslosencafé“ für diesen Zweck geschlossen werden musste (Hamburger Abendblatt vom 9. Juni 2001)?

18. Abgeordnete
Birgit Schnieber-Jastram
(CDU/CSU)

Liegen der Bundesregierung Erkenntnisse vor, ob und wie viele Mittel der Bundesanstalt für Arbeit über das Arbeitsamt Hamburg dem „Verein zur Betreuung von Arbeitslosen- und -selbsthilfegruppen“, der nach Berichten des Nachrichtenmagazins „DER SPIEGEL“ und anderer Medien die ihm aus öffentlichen Kassen zugewandten Mittel höchst unsachgemäß verwandt hat, seit 1998 zugeflossen sind (bitte getrennt nach Mitteln für Eingliederungszuschüsse, Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen, Strukturanpassungsmaßnahmen und Schwerbehinderten-Förderung)?

19. Abgeordnete
Birgit Schnieber-Jastram
(CDU/CSU)

Sieht die Bundesregierung angesichts der Vorfälle in Hamburg eine Veranlassung, in ihrer Eigenschaft als Genehmigungsinstanz für den Haushalt und über ihren maßgeblichen Einfluss im Verwaltungsrat der Bundesanstalt für Arbeit Maßnahmen zu ergreifen, um die sachgemäße Verwendung, Transparenz und Effizienz der über die Arbeitsämter für arbeitsmarktpolitische Maßnahmen bereitgestellten Gelder sicherzustellen bzw. zu verbessern, und wenn nein, warum nicht?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Verkehr, Bau- und Wohnungswesen

20. Abgeordneter **Hartmut Koschyk** (CDU/CSU)

Welche verkehrspolitischen Konsequenzen zieht die Bundesregierung aus der Ankündigung der Tschechischen Republik, bis zum Jahre 2006 eine vierspurige Straßenverbindung von Prag über Karlsbad und Eger bis zur deutsch-tschechischen Grenze fertig zu stellen?

21. Abgeordneter **Hartmut Koschyk** (CDU/CSU)

Welche Planungen sind für den Lückenschluss zwischen der Bundesautobahn A93 und der A9 vorgesehen, die der tatsächlichen Verkehrsentwicklung der letzten Jahre und der Prognosen für Güter- und Pendlerströme Rechnung tragen?

22. Abgeordneter **Dr. Hans-Peter Friedrich (Hof)** (CDU/CSU)

Teilt die Bundesregierung die Auffassung, dass die im Vordringlichen Bedarf des Bundesverkehrswegeplans vorgesehene vierspurige Verbindung Schirnding/Landesgrenze zur Bundesautobahn A93 unverzüglich in Angriff genommen werden muss?

23. Abgeordneter **Dr. Hans-Peter Friedrich (Hof)** (CDU/CSU)

Welche Maßnahmen sind vorgesehen, um den Verkehrsträger Schiene im West-Verkehr nach der EU-Osterweiterung, insbesondere von Prag, Karlsbad, Eger in Richtung Nürnberg, Schweinfurt, Würzburg und Frankfurt zu ertüchtigen?

24. Abgeordneter **Dr. Bernd Protzner** (CDU/CSU)

Wird die Bundesregierung im Hinblick auf die EU-Osterweiterung ein darauf ausgerichtetes, umfassendes Verkehrskonzept vorlegen?

25. Abgeordneter **Dr. Bernd Protzner** (CDU/CSU)

Gibt es Pläne der Bundesregierung, vergleichbar dem Verkehrsprojekt „Deutsche Einheit“ im Zuge der deutschen Wiedervereinigung, gesonderte Infrastrukturmittel für Verkehrsprojekte „Europäische Osterweiterung“ im Bundeshaushalt vorzusehen?

26. Abgeordneter **Dietrich Austermann** (CDU/CSU)

Beabsichtigt die Bundesregierung angesichts des Fehlens von Kapitänen mit STCW-Patent (STCW: Standard of Training, Certification and Watchkeeping) durch nationale Regelungen sicherzustellen,

dass auch künftig Schiffe bis 500 BRZ/Bruttoraumzahl (z. B. Schlepper) unter deutscher Flagge tätig werden können?

27. Abgeordneter
Eckart von Klaeden
(CDU/CSU)

Haben Mitglieder der Bundesregierung, z. B. der Parlamentarische Staatssekretär beim Bundesminister für Verkehr, Bau- und Wohnungswesen, Stephan Hilsberg, den Aufruf des SPD-Gesprächskreises „Neue Mitte“ gegen ein Bündnis der Berliner Sozialdemokraten mit der PDS unterstützt, und wenn ja, ist dies geschehen, weil die PDS nach Ansicht der Mitglieder der „Neuen Mitte“ kein Bekenntnis zum Grundgesetz abgegeben und sich bis heute nicht konsequent mit der DDR-Vergangenheit auseinandersetzt habe?*)

Geschäftsbereich des Auswärtigen Amts

28. Abgeordneter
Ruprecht Polenz
(CDU/CSU)

Kann die Bundesregierung ausschließen, dass die deutschen auswärtigen Beziehungen und die Wahrnehmung deutscher Interessen gegenüber anderen Staaten sowie insbesondere das Verhältnis zu unserem Bündnispartner, den Vereinigten Staaten von Amerika, durch die Veröffentlichung des Drahtberichts des deutschen Botschafters in den Vereinigten Staaten, Jürgen Chrobog, vom 31. März 2001 beeinträchtigt wurden?

29. Abgeordneter
Ruprecht Polenz
(CDU/CSU)

Treffen Pressemeldungen (DIE WELT, 5. Juni 2001) zu, nach denen Botschafter Jürgen Chrobog den Bericht über die Unterredung zwischen US-Präsident George W. Bush und Bundeskanzler Gerhard Schröder entgegen der üblichen Praxis per Fax an das Bundeskanzleramt geschickt habe?

30. Abgeordneter
Dr. Andreas Schockenhoff
(CDU/CSU)

War die deutsche Botschafterin in Wien bei dem Gespräch zwischen Bundeskanzler Gerhard Schröder und dem österreichischen Bundeskanzler Wolfgang Schüssel am 26. Mai 2001 anwesend?

---

*) siehe hierzu auch Frage 15

31. Abgeordneter
Dr. Andreas Schockenhoff
(CDU/CSU)

Werden die deutschen Botschafter auch weiterhin bei Gesprächen des Bundeskanzlers mit ausländischen Staats- und Regierungschefs anwesend sein?



Gesamtherstellung: H. Heenemann GmbH & Co., Buch- und Offsetdruckerei, Bessemerstraße 83-91, 12103 Berlin
Vertrieb: Bundesanzeiger Verlagsgesellschaft mbH, Postfach 13 20, 53003 Bonn, Telefon (02 28) 3 82 08 40, Telefax (02 28) 3 82 08 44
ISSN 0722-8333